



## AMT DER SALZBURGER LANDESREGIERUNG

Postanschrift: Postfach 527, A-5010 Salzburg Telex: 633028 DVR: 0078182

Chiemseehof

Zahl (Bei Antwortschreiben bitte anführen)

(0662) 80 42 Durchwahl

Datum

wie umstehend

2428

16. APR. 1986

Betreff

wie umstehend

An

1. das Amt der Burgenländischen Landesregierung  
Landhaus  
7000 Eisenstadt
2. das Amt der Kärntner Landesregierung  
Arnulfplatz 1  
9020 Klagenfurt
3. das Amt der NÖ Landeregierung  
Herrengasse 9  
1014 Wien
4. das Amt der OÖ Landesregierung  
Klosterstraße 7  
4020 Linz
5. das Amt der Steiermärkischen Landesregierung  
Hofgasse  
8011 Graz
6. das Amt der Tiroler Landesregierung  
Maria-Theresien-Straße 43  
6020 Innsbruck
7. das Amt der Vorarlberger Landesregierung  
Landhaus  
6901 Bregenz
8. das Amt der Wiener Landesregierung  
Lichtenfelsgasse 2  
1082 Wien
9. die Verbindungsstelle der Bundesländer  
beim Amt der NÖ Landeregierung  
Schenkenstraße 4  
1010 Wien
10. das Präsidium des Nationalrates  
Parlament  
Dr. Karl-Renner-Ring 3  
1017 Wien

Betrifft	GESETZENTWURF
Z'	24 GE 9 86
Datum:	21. APR. 1986
Verteilt:	21. APR. 1986 Madham

*St. Klewace*

zur gefl. Kenntnis.

Für die Landesregierung:  
Dr. Edelmayer  
Landesamtsdirektor

Für die Richtigkeit  
der Ausfertigung:

*Edm*

**AMT DER SALZBURGER LANDESREGIERUNG**

Postanschrift: Postfach 527, A-5010 Salzburg    Telex: 633028    DVR: 0078182

An das

Bundesministerium für  
Gesundheit und UmweltschutzStubenring 1  
1010 WienNeue  
Telefonnummer  
(0662) 8342 Durchwahl

Chiemseehof

☎ (0662) 41561 Durchwahl

Datum

Zahl (Bei Antwortschreiben bitte anführen)

0/1-104/207-1986

2428/Dr. Hammertinger 16.4.1986

Betreff

Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Lebensmittelgesetz 1975  
geändert wird (Lebensmittelgesetznovelle 1986); Stellungnahme

Bzg.: Do. Zl. IV-41.901/11-6/86

Zu dem mit dem obgenannten Schreiben versendeten Gesetzentwurf teilt das Amt der Salzburger Landesregierung mit, daß hiegegen von seinem Standpunkt aus keine grundsätzlichen Bedenken bestehen.

Es erschiene jedoch dringend erforderlich, daß im Zuge der Novellierung des Lebensmittelgesetzes auch folgende Vorschläge berücksichtigt werden:

1. Mitwirkung der Sicherheitskräfte bei Großaktionen nach dem Lebensmittelgesetz:

Der Weinskandal hat im Vorjahr gezeigt, daß die Dienststellen der Lebensmittelpolizei mit dem zur Verfügung stehenden Personal nicht in der Lage sind, schlagartig gesundheitsschädliche Erzeugnisse aus dem Verkehr zu ziehen oder zu beschlagnahmen. Es wäre daher zweckmäßig, im Lebensmittelgesetz eine Mitwirkungspflicht der Sicherheitsorgane bei Großaktionen zu verankern. Zugleich müßte diesen Organen für solche Fälle das Recht eingeräumt werden, Beschlagnahmungen gemäß § 40 Lebensmittelgesetz 1975 durchzuführen.

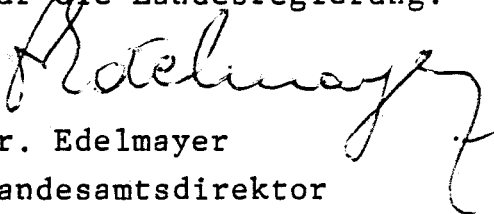
- 2 -

2. Fristerstreckung für die Erlassung eines Bescheides bei vorläufigen Maßnahmen gemäß § 24 Lebensmittelgesetz 1975:

Im Zuge der Vollziehung des § 24 Lebensmittelgesetz wurde mehrfach schon der Mangel spürbar, daß die hier vorgesehene einwöchige Frist völlig unzureichend ist. Eine Verlängerung der Frist auf 4 Wochen erscheint dringend geboten.

Gleichschriften dieser Stellungnahme ergehen u.e. an die aus dem Land Salzburg entsendeten Mitglieder des Bundesrates, an die Verbindungsstelle der Bundesländer, an die übrigen Ämter der Landesregierungen und in 25 Ausfertigungen an das Präsidium des Nationalrates.

Für die Landesregierung:

  
Dr. Edelmayer  
Landesamtsdirektor